Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgegend, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Ausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

21 Am See. | **Fabrik für Cotillon- und Ballartikel Oscar Fischer.** | Am See 21.

Hüte jeder Art empfiehlt **Otto Buchholz** Hutfabrikant Annenstrasse 28 28

Reinhardt Leupolt, Gummi-Werk 26 Wettinerstr. DRESDEN Wettinerstr. 26 empfiehlt sämmtliche technische u. chirurgische Bedarfsartikel. Ausstellung Zittau 1902 mit der Goldenen Medaille prämiirt.

MATTONI'S GIESSHÜBLER natürlicher alkalischer SAUERBRUNN

Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh. HEINRICH MATTONI in Giesshübl Sauerbrunn.

„Universal" Dr. med. Wolfermann's **neues vervollkommnetes Patent-Bruchband,** unerreicht an Sitz und Wirkung und ein Segen für jeden Bruchleidenden. **Alleinverkauf** bei **M. H. Wendschuch sen.** nur **Marienstr. 22b** im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11—12 Uhr.

Nr. 295. Spiegel: Deutschland und Dänemark. Hofnachrichten, von Bradsky-Laboun †, Fleischnoth, Colonialgesellschaft, Experimentalvortrag, Viktoria-Salon, Kreis- und Bezirksausschuß | Muthmaßl. Witterung: **Wärmer, meist heiter.** | **Sonnabend, 25. Oktober 1902.**

Deutschland und Skandinavien.

Die Meldung, daß der dänische Kronprinz im Begriffe stehe, dem deutschen Kaiserpaare einen Besuch abzustatten, ist ein beachtenswerthes Anzeichen für die Besserung der internationalen Verhältnisse im deutschfreundlichen Sinne gerade an einer Stelle, die bisher einen Kreuzungspunkt der verschiedenartigsten Gegnerschaften der deutschen Machtstellung gebildet hat. Der mit einer schwedischen Prinzessin vermählte Kronprinz Christian von Dänemark ist der älteste von drei Söhnen des regierenden Königs Christian IX.; der zweite Sohn Prinz Wilhelm nahm 1863 als Georg I. die griechische Königskrone an, der jüngste, Prinz Waldemar, heirathete 1885 die Prinzessin Marie von Orleans. Außerdem sind noch drei Töchter vorhanden: die älteste, Prinzessin Alexandra, ist Königin von England, die jüngste, Prinzessin Thyra, ist mit dem Herzog von Cumberland vermählt, und die Prinzessin Dagmar ist die Kaiserin-Wittwe von Rußland. Die Heirathen der Töchter waren das ureigene Werk der im Jahre 1898 verstorbenen Königin Luise, die es mit Hilfe ihrer ausgedehnten verwandtschaftlichen Beziehungen — die „Schwiegermutter Europas" nannte man sie deshalb — verstand, die Fäden der Kopenhagener Hofpolitik über den ganzen Kontinent auszuspinnen. Solange die verewigte Königin Luise lebte, war das Kopenhagener Hofkonventikel wegen seines intriganten Charakters in Berlin nicht gerade zum Besten beleumundet, und sogar der eiserne Kanzler hatte manchmal seine liebe Noth, mit der Kopenhagener Frauenpolitik fertig zu werden. Es waren zwei meisterhafte Schachzüge, durch die Fürst Bismarck endlich die Kopenhagener Spieler matt setzte: Einmal die Ankündigung, daß Artikel 5 des Prager Friedens, der bestimmte, daß Nord-Schleswig an Dänemark zurückfallen solle, wenn die Bevölkerung durch freie Abstimmung sich dafür aussprächе, im Jahre 1878 durch besondere Uebereinkunft zwischen Preußen und Oesterreich aufgehoben worden war, und zum Anderen der bis zum Ausschluß jedes Zweifels bei Gelegenheit der letzten Zusammenkunft Kaiser Wilhelms I. mit Zar Alexander III. im Jahre 1887 gelieferte Nachweis, daß die sogenannten bulgarischen Aktenstücke, welche die deutsche Balkanpolitik als illoyal und hinterhältig in Petersburg verdächtigen sollten, von Anfang bis zu Ende gefälscht und auf Kopenhagener Zetteleien zurück zu führen waren. Dieses Vorgehen Bismarck's wirkte in Kopenhagen so verblüffend, daß die deutschfeindliche Agitation in Dänemark, die damals recht bedenkliche Wogen warf, plötzlich zurückebbte und sich verlief, wenn auch die Stimmung in Dänemark im Allgemeinen noch gereizt und verbissen genug gegenüber Deutschland blieb.

Eine entschiedene Wendung zum Besseren trat erst ein mit dem Tode der Königin Luise und dem Sturze des bisherigen konservativen Regiments in Dänemark. Das Ministerium Estrup hatte sich zum politischen Träger der dänischen Revanche-Ideen gemacht und arbeitete mit aller Kraft auf eine solche Ausbildung der Wehrfähigkeit des Landes hin, daß es sich nach der Meinung der Anhänger dieser militaristischen Richtung im Falle eines internationalen Konfliktes selbstständig an der Seite der Gegner Deutschlands hätte behaupten und mit Waffengewalt die „südjütischen" Gebietstheile zurückerobern können. Die öffentliche Meinung Dänemarks, die hierin von der Linken im Parlament vertreten wurde, wollte aber von einem derartigen weitausschauenden und für die staatliche Existenz Dänemarks unter Umständen verhängnißvollen militärischen Programme nichts wissen, sondern war nur für die Ausgestaltung der Wehrkraft in einem den Schutz der Neutralität gewährleistenden Umfange zu haben. Die Folge war die Ablehnung der weitergehenden militärischen Forderungen der Regierung und, da das Ministerium Estrup trotzdem auf seinem Standpunkte beharrte und insbesondere die Kopenhagener Festungsbauten uneingeschränkt zur Ausführung brachte, die förmliche Verweigerung des ganzen Budgets und im Anschluß daran eine langjährige budgetlose und verfassungswidrige Regierung, welche die parteipolitischen Gegensätze im Lande auf das Aeußerste zuspitzte und dem inneren Frieden Dänemarks schwere Wunden schlug. Der Konflikt wurde erst beigelegt, als König Christian IX. sich entschloß, sich von seinen bisherigen Rathgebern zu trennen, und im vorigen Jahre das Kabinet Deuntzer mit linksliberalem Gepräge berief.

Der neue Ministerpräsident Deuntzer hat zu einer Deputation der Friedens- und Abrüstungsfreunde geäußert, er stehe ihren Bestrebungen sympathisch gegenüber, und dadurch seine persönliche Uebereinstimmung mit den Vertretern des dänischen Neutralisirungsgedankens bekundet. Dieser Fortschritt ist um so bemerkenswerther, als die Neutralisirung ganz Skandinaviens bereits seit längerer Zeit auch in der schwedischen und norwegischen Presse erörtert und vielfach empfohlen wird und bisher eigentlich nur Dänemark als das hauptsächliche Hemmniß der Verwirklichung des Projekts galt. Bei den Schweden und Norwegern kommt neben der natürlichen Zuneigung für alles Deutsche, die auf stammverwandtem Grunde ruht, noch ein besonderer Grund für die Befürwortung der skandinavischen Neutralität, nämlich eine allgemeine, wachsende Russenfurcht, hinzu. Militärische Emissäre Rußlands sind fortgesetzt in Schweden und Norwegen thätig und informiren sich mit ziemlicher Ungenirtheit über Alles, was für sie wissenswerth erscheint. Eine Angliederung an Rußland ist aber den freien nordischen Völkern so wenig sympathisch, daß die Abneigung dagegen sogar anfängt, den alten, tiefgewurzelten Haß zwischen Norwegern und Schweden zu dämpfen und die Anfänge eines Gefühls von der Gemeinsamkeit der beiderseitigen politischen Interessen zu erzeugen. Die ganze Bewegung ist allerdings noch in der Entstehung begriffen, sie liegt noch in den Windeln. Immerhin darf sie als Symptom nicht einfach gering geschätzt werden, vielmehr handelt es sich um internationale Keime, die durch eine kluge deutsche Politik zu wirksamer Entfaltung gebracht werden können. Von dieser Seite wird auch der Gedanke unterstützt, daß Dänemark seine Militärmacht bis auf einen zur Aufrechterhaltung und Vertheidigung der Neutralität ausreichenden Stand verringern, sich in offener Freundschaft an Deutschland anschließen, durch die Vergangenheit einen Strich machen und ausschließlich an eine pangermanische Zukunft denken müsse. Es mag bei dieser Gelegenheit daran erinnert sein, daß das Projekt einer Neutralisirung der skandinavischen Königreiche von keinem Geringeren als dem Zaren Alexander III. zuerst in der praktischen Politik ernstlich erwogen und angeregt worden ist. Nach einer neueren unwidersprochen gebliebenen Enthüllung soll nämlich Alexander III. im Jahre 1889 bei Gelegenheit eines Besuches am dänischen Hofe ein dahin gehendes, von dem russischen Staatsrechtslehrer Prof. Martens verfaßtes Memorandum dem Ministerpräsidenten Estrup unterbreitet haben; dieser habe jedoch absolut jede Neigung vermissen lassen, auf den Plan einzugehen. Ferner ist im Mai dieses Jahres im schwedischen Reichstage ein Antrag auf ausdrückliche Neutralitätserklärung der drei skandinavischen Reiche eingebracht, aber durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung, wie es zur Zeit nicht gut anders ging, erledigt worden.

Zu einer günstigen Entscheidung kann die ganze Frage jedenfalls nicht eher kommen, als bis das deutsch-dänische Verhältniß in völlig befriedigender Weise geklärt worden ist. In dieser Beziehung ist es gewiß mit Freuden zu begrüßen, wenn die Erörterungen der Kopenhagener Presse über die Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark sich gegenwärtig ganz in einer Richtung bewegen, die unseren berechtigten Anschauungen und Wünschen entspricht. So erklärt beispielsweise das angesehene Linkenblatt „Politiken", die Stellung der beiden Länder zueinander sei „ganz klar", sobald Dänemark seine vorbehaltlose freundliche Gesinnung offenbare und Deutschland dies verstehe. Von deutscher Seite ist darauf zu erwidern, daß wir hier zu Lande jederzeit volles, aufrichtiges und dankbares Verständniß für eine dänische Politik haben werden, die auf der Grundlage des geschichtlich Gewordenen ihre Beziehungen zu uns zu regeln bestrebt ist. Dazu gehört aber als unerläßliche Voraussetzung, daß die leitenden dänischen Kreise schlechtweg aufhören, sei es direkt oder indirekt die schleswigschen Protestler zu unterstützen, die der Bevölkerung vorpredigen, Nordschleswig gehöre „von Rechtswegen" zu Dänemark und der „Tag der Befreiung" müsse einmal kommen. Die dänischen Protestler in Nordschleswig, die der preußischen Regierung jetzt noch eine solche Unsumme von Arbeit machen, werden in demselben Augenblick zur Ohnmacht verurtheilt sein, wo ihnen die bisherige Aufmunterung aus Dänemark selbst ehrlich und unzweideutig entzogen wird. Wenn die fortschreitende Entwickelung es wirklich so weit bringen sollte, daß durch die Kopenhagener internationale Loyalität Nordschleswig beruhigt würde und der „tappre Landsoldate" dem preußischen Musketier über die Grenze herüber in waffenbrüderlicher Gesinnung die Hand reichen könnte, so würde das für die konsequente deutsche Friedens- und Versöhnungspolitik, die mit ihrem Mangel an jeglichen Eroberungsgelüsten allezeit nur auf die Wahrung des schwer Errungenen bedacht ist, einen der schönsten Erfolge bedeuten, die ihr überhaupt in den Schooß fallen können. In diesem Sinne wird das deutsche Volk mit den herzlichsten freundnachbarlichen Empfindungen den dänischen Kronprinzen begrüßen, sobald er seinen Fuß auf deutschen Boden setzt und als willkommener Gast unseres Kaisers in die Reichshauptstadt einzieht.

Neueste Drahtmeldungen vom 24. Oktober.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichstag setzte die Berathung der Zollvorlage bei § 1 des Zolltarifgesetzes, Abs. 2, betr. Mindestzölle, fort. In der Regierungsvorlage ist ein Mindestzoll für Pferde überhaupt nicht festgesetzt. Im autonomen Tarif beträgt der Zoll je nach Qualität der Pferde 30, 75, 150 und 300 Mark pro Stück. Die Kommission hat die Sätze des Tarifs erhöht auf 30, 90, 180 und 360 Mark und die Mindestsätze von 24, 72, 144 und 288 Mark, also höchstens 20 Prozent niedriger als die Sätze des autonomen Tarifs festgesetzt. Ein Antrag Wangenheim und Genossen will die von der Kommission beschlossenen Tarifsätze als Mindestsätze einstellen. — Abg. Graf Kanitz (kons.) plaidirt für diesen Antrag. Die ostpreußische Pferdezucht, die vortrefflich sei und fünf Achtel unseres ganzen Remontebedarfs decke, müsse gegen die ausländische Konkurrenz geschützt werden. Deutschland müsse für den Kriegsfall in der Lage sein, seine Remonten im eigenen Lande zu beschaffen. Gerade hierbei handle es sich um den Schutz kleiner Landwirthe. In Frankreich, als es sich dort um den gleichen Zweck handelte, habe man ohne jede Debatte den Zoll um das Sechsfache erhöht. Mindestens solle man die Kommissionsbeschlüsse annehmen. Abg. Haase-Königsberg (Soz.) bestreitet, daß diese Zollerhöhungen gerade so sehr im Interesse der kleinen Landwirthe läge; es handle sich vielmehr wiederum um eine Liebesgabe für die größeren Grundbesitzer. Er bestreitet ferner, daß die deutsche Landwirthschaft zu gleicher Zeit den Brotbedarf decken, den Bedarf an Futtermitteln und den Bedarf an Fleisch aufbringen und daneben auch noch den Pferdebedarf decken könne, und betont dann die aus der Staffelung des Zolles entstehenden Schwierigkeiten. Ein kleiner Unterschied in der Abschätzung der Pferde solle entscheiden, ob für das Pferd 30 oder 180 Mark Zoll zu bezahlen sei, oder ob vielleicht ein wohlwollend deklarirtes Luxuspferd vielleicht nur mit 180, statt mit 360 Mark verzollt werde. Ganz beweislos habe Kanitz es gelassen, daß wir unseren Remontebedarf jetzt nicht zu decken vermöchten. Wenn die modernen Kavallerie-Attacken auch im Kriege Platz greifen sollten, dann würde ja allerdings unser Pferdematerial rasch verbraucht werden. Aber das sei doch wohl nicht zu befürchten. Gegen die geplanten Zollerhöhungen spreche aber vor Allem, daß dadurch der Pferdebedarf zahlreicher und namentlich auch kleinerer Gewerbetreibenden über Gebühr vertheuert würde. — Abg. Steinhauer (freis. Vereinig.) wendet sich zunächst gegen die Art der Staffelung. Wenn ein ganz minderwerthiger Gaul das Stockmaß von 1,40 Meter erreiche, was doch oft genug der Fall sei, so solle er gleich 72 Mark zahlen, statt nur 24. Heute treibe nur der Großgrundbesitzer Pferdezucht. Die Bauernhöfe in Ostpreußen und auch in Westpreußen seien auf dem Wege der Parzellirung viel zu klein geworden, als daß auf ihnen noch Pferdezucht betrieben werden könne. Er bitte im Interesse der Bauern, insoweit diese ein oder zwei Pferde halten müßten, diesen hohen Zoll abzulehnen. — Abg. v. Blödau (kons.): Aus dem, was der Vorredner über die Parzellirung der Bauernhöfe gesprochen hat, kann ich nur entnehmen, daß die Bauern dort jetzt schon so herangekommen sind, daß sie Gefahr laufen, der Sozialdemokratie anheimzufallen. Die Erhöhung des Pferdezolles rechtfertigt sich in der Hauptsache aus dem Grunde, weil die Einfuhr nicht aus Remonterpferden besteht, sondern aus Kaltblütern. Redner befürwortet den Antrag Wangenheim. — Abg. Pachnicke (freis. Vereinig.): Die Herren am Bundesrathstische schweigen ja sämmtlich, auch der Landwirthschaftsminister v. Podbielski. Wenn er nicht selber reden will, so hätte er doch vielleicht seinen Landstallmeister v. Oettingen aus Trakehnen herschicken können, der neben der rührenden Fürsorge, die er den Lehrern widmet, wohl noch so viel Zeit haben dürfte, um hier die Pferdesache zu vertreten. Redner äußert sich im Uebrigen im Sinne der Abgg. Haase und Steinhauer gegen jede Zollerhöhung. Der Staat sollte lieber dafür sorgen, daß die Remontekommission ihre Schwärmerei für Warmblüter aufgiebt. — Minister v. Podbielski: Für die Remonten brauchen wir Warmblüter, und gerade für den Bedarf der Armee liefern die kleinen Züchter das beste Pferd. Ich habe das schon vor Jahren dargelegt, als ich noch diesem hohen Hause angehörte und damals beim Militär-Etat über die Remonten referirte. Einzelne der Herren werden sich dessen noch erinnern. (Singer ruft: Das waren schöne Zeiten! Stürmische Heiterkeit.) Dieser Theil der Pferdezucht bedarf jedenfalls des verstärkten Schutzes, ganz besonders im Interesse der Landesvertheidigung; ebenso aber auch die Kaltblüterzucht. Nehmen Sie also die Zollerhöhung, wie die Regierung sie Ihnen vorschlägt, an. Auf die Minimalzölle werden sich aber die verbündeten Regierungen hier nicht einlassen; ich bitte daher das Haus, sich auf den Boden der Regierungsvorlage zu stellen. — Abg. v. Treuenfels (kons.) führt aus, daß der Kern der Pferdezucht, sowohl im Osten, wie in Hannover und Holstein, auch am Rhein mehr in den Händen der kleinen Leute liege und befürwortet den Antrag Wangenheim, eventuell den der Kommission. — Abg. Depken (nat.-lib.) tritt für die Regierungsvorlage ein. Ueberall in Hannover und Schleswig-Holstein sei es der kleine Bauer, der die Pferdezucht betreibt. In eine Bindung des Zolles durch Minimalsätze könnten seine Freunde jedoch nicht einstimmen. — Abg. Stadthagen (Soz.) erhebt seine staatsrechtlichen Bedenken gegen die Bindung des Zolles und widerspricht jeglicher Erhöhung des Zolles unter Hinweis auf den Bedarf zahlloser Gewerbe an Pferden. Redner will sodann auf die Geschichte der Pferdezucht eingehen. (Zuruf: Pferdezoll!) Herr Kropatschek, wenn Sie den Zusammenhang nicht verstehen, ist Ihnen nicht zu helfen. (Abg. Kropatschek: Was wollen Sie denn von mir? Ich habe ja nichts gesagt! Einer weiteren heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Kropatschek und dem Redner macht der Präsident durch mehrmaliges Eingreifen schließlich ein Ende.) Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Kropatschek: Herr Stadthagen irrte, wenn er glaubte, ich hätte ihm einen Zuruf gemacht. Ich habe das sogar nicht thun können, denn die vortrefflichen hippologischen Ausführungen hatten einen solchen Einfluß auf mich ausgeübt, daß ich sanft entschlummert war. (Stürmische Heiterkeit.) Abg. Stadthagen: Ich habe allerdings den Herrn Kropatschek mit dem Grafen Roon verwechselt. Was den Schlummer des Herrn Kropatschek anbetrifft . . . Präsident Graf Ballestrem: Der Schlummer des Abg. Kropatschek ist nicht persönlich. (Stürmische Heiterkeit.) Abg. Stadthagen: Ich wollte nur sagen, daß Herr Kropatschek die Bemerkungen, die er mir nachher zurief, also auch wohl nur im Schlummer gemacht hat. (Erneute Heiterkeit.) — Der Antrag v. Wangenheim wird gegen die große Mehrheit der Konservativen und Antisemiten abgelehnt, der Antrag der Kommission, Mindestzollsätze betreffend, mit 182 gegen 116 Stimmen angenommen bei einer Stimmenthaltung. Auch die Zollsätze im autonomen Tarif gelangen in der von der Kommission vorgeschlagenen Höhe zur Annahme. — Weiterberathung: Morgen, 12 Uhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichskanzler Graf Bülow hatte gestern eine Unterredung mit dem sächsischen Kriegsminister v. Hausen. — In Reichstagskreisen wurde heute bestimmt versichert, daß sich in der Haltung der Regierung in den Zollfragen auch nach dem gestrigen Vortrage des Reichskanzlers beim Kaiser nichts geändert habe. — Im Befinden des Botschafters Fürsten Eulenburg ist eine leichte Besserung eingetreten. Nichtsdestoweniger gilt es als feststehende Thatsache, daß er nach Ablauf seines Urlaubs von seinem Wiener Posten zurücktreten und aus dem Staatsdienste scheiden wird. — Auf Grund der Satzungen für die römisch-germanische Kommission des Kaiserlichen Archäologischen Instituts ist auf Verfügung des Reichskanzlers Professor Dr. Dragendorff in Baden zum Direktor dieser

Friedrich & Glöckner's Kaffeine-Café-Hag, ges. gesch., per Kg. M. 1.50 und in unseren Verkaufsstellen. Bowie bei Weigel & Zeeh, M. Roch, Dresden-A., F. Wollmann, Dresden-N.